

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: G. Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Böndau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. F. Fannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Herausgeber: A. und J. Lüttke; für Inserate 1867, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 351.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Aufstellung 4.50 Mr. monatlich 1.50 Mr. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 4.20 Mr. monatlich 1.40 Mr. Bei den Postanstalten viertelj. 4.80 Mr. monatl. 1.50 Mr. ohne Bestellgeb. Einzelne Nummern 15 Pf. — Anzeigengebühr: die gefallene Seitenzahl 30 Pf. Anzeigen von auswärts 35 Pf. im Restanteile 1.05 Mr. Anzeigen-Nachhalt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postleitzahl: Nr. 3258 Berlin.

Nr. 13.

Magdeburg, Donnerstag, den 16. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Die Völker warten.

Nicht um die Fragen der inneren Einrichtung unseres Landes und Reiches geht bei den Wahlen, vor denen wir stehen, der Kampf. Er geht um das Schicksal und die Zukunft Deutschlands und des deutschen Volkes!

Das deutsche Volk will den Frieden. Nicht einen Frieden der Gewalt und Unterdrückung, nicht einen Frieden von Brest-Litowit, sondern einen Frieden des Rechtes und der Menschlichkeit, einen Frieden, der ihm die Kraft zu leben und die Lust zu atmen lässt, der ihm möglich macht, sich wieder aufzurichten und in friedlicher Entwicklung seiner materiellen, geistigen und sittlichen Kräfte ein würdiges Mitglied der großen Kulturgemeinschaft zu werden, zu der die Völker der Erde berufen sind.

Es wird diesen Frieden des Rechtes nicht erhalten, wenn es ihm nicht gelingt,

die Mauer von Hass und Misstrauen, die zwischen ihm und den feindlichen Völkern steht, niederrücken und diese Völker davon zu überzeugen, daß es nicht nur ein andres, sondern ein wirklich neues Deutschland ist, dem sie heute gegenüberstehen.

Die Revolution hat das furchtbare Misstrauen der feindlichen Völker nicht zu beseitigen vermocht. Aus allen Ländern dringen Stimmen zu uns herüber, die die Revolution einen großen Betrug nennen, einen Versuch, durch Niederwerfung der Fassade den feindlichen Völkern eine Sinnesänderung vorzutäuschen, die in Wirklichkeit gar nicht erfolgt sei.

Eine Niederwerfung der Sinnesart in Deutschland ist es, worauf die Völker warten und von der wir sie überzeugen müssen, wenn wir zu einem Frieden des Rechtes und zu ehrlicher Aussöhnung mit den Völkern kommen wollen.

Es nützt uns nichts, wenn wir sagen, daß das deutsche Volk stets friedlich gesinnt gewesen ist. Man antwortet darauf, warum es dann die länderverschlucken, die deutsche Weltherrschaft offen verkündenden Altdutschen, gebüßt, warum es

die freien Säbelkämpfe Wilhelms II.

und seiner Generale zugelassen, warum es die brutale Diktatur des Militarismus so lange ertragen hat! Man sagt, daß all dies gehehen ist, weil das deutsche Volk in seiner Masse, nicht nur in seinem alldutsch gefüllten Teil, einer blinden Machtverehrung und Machtanbetung verfallen war und daß es dieser Glaube an die Macht gewesen sei, der es den militaristischen Gewaltshabern ermöglicht habe, ihre Herrschaft zu behaupten und das Volk ihren Weltherrschafts- und Weltroberungsplänen dienstbar zu machen.

Was können wir darauf antworten?

Nichts, als daß ein großer Teil des deutschen Volkes, jener Teil nämlich, der schon vor dem Kriege sich zur Sozialdemokratie bekannt und ihr Ziel der Völkervereinigung zu dem seinigen gemacht hatte, dem Machtwahn nicht gehuldigt, sondern mit allen Kräften und unter ungagbaren Opfern den Kampf gegen denselben geführt hat. Nichts, als daß dieser Teil des deutschen Volkes auch im Krieg, und selbst in den Zeiten scheinbar glänzendster militärischer Erfolge, diesen

Kampf gegen den Macht- und Groberungswohn nicht aufgegeben, sondern weitergeführt und mit dem Sturze des absolutistischen und militaristischen Regiments endlich auch zum Ziele geführt hat.

Ist bei jenen Schichten des deutschen Volkes, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören und die bisher die Herrschenden waren, eine wirkliche Gesinnungsänderung eingetreten? Niemand kann heute darauf eine sichere Antwort geben, niemand die Behauptung unsrer Feinde widerlegen, daß diese Schichten in ihrem Denken sowohl von dem Ausgang des Krieges wie von der Revolution unberührt geblieben seien. Gewiß, sie haben der Revolution keinen aktiven Widerstand entgegengesetzt und ihre führenden Politiker und Parteien haben, wenigstens soweit das sogenannte liberale Bürgertum in Betracht kommt, sich für die Republik und die demokratische Herrschaft des Volkes erklärt. Aber es ist zweifellos, daß andre Schichten des Bürgertums sowohl der Republik wie der Demokratie auch heute noch feindlich gegenüberstehen, und daß auch die Parteien des liberalen Bürgertums zur vollen Durchführung der demokratischen Grundzüge nur bereit sind,

wenn sie vom Volke selbst dazu gezwungen werden.

Haben die bürgerlichen Partei sich aber auch grundsätzlich und entschieden von jeder Machtpolitik abgewandt?

Sie haben ihre Firmenzeichen geändert und da-

mit öffentlich anerkannt, daß die alten Firmenzeichen unwirksam geworden seien. Sie sind unwirksam geworden, weil diese Parteien sich durch ihre durch den Machtwahn bestimmt Politik vor und während des Krieges bei Massen des Volkes in Verlust gebracht haben. Eine klare, grundlegende und scharfe Absage an diese Machtpolitik enthält aber kein einziges der neuen bürgerlichen Wahlprogramme. Hinter den neuen Firmenzügen, von denen die der Deutschen demokratischen Partei keine Ausnahme macht, stehen die alten Parteien und die alten Führer, die alten bürgerlichen Parteien, die der Macht- und Gewaltpolitik zugestimmt und sie gestützt haben, solange es möglich war.

Gehen diese bürgerlichen Parteien als Sieger aus dem Wahlkampf hervor, dann sind nicht nur die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Revolution in Gefahr — dann ist es vor allem mit der Aussicht auf einen

Frieden der Gerechtigkeit vorbei.

Das Misstrauen, das uns wie eine unübersteigbare Mauer umgibt, wird nicht schwinden, sondern neu gefärbt werden, wenn die feindlichen Völker sehen, daß das deutsche Volk auch heute noch sein Vertrauen denjenigen schenkt, die in der Vergangenheit die Verbündeten des verhängnisvollen Machtwahns gewesen sind. Und dieses Misstrauen der Völker wird ihren imperialistischen Regierungen die Möglichkeit geben, Deutschland einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, unter dem das deutsche Volk völlig zusammenbrechen kann.

Darum: kein Wähler, der einen Frieden des Rechtes und der Menschlichkeit für das deutsche Volk will, darf bei den kommenden Wahlen einer bürgerlichen Liste seine Stimme geben.

Die Völker warten auf die Entscheidung des deutschen Volkes. Gebt sie, Wähler und Wählerinnen.

Gebt sie klar und unzweideutig.

Stimmt für die Liste der Sozialdemokratie!

Unser Stimmzettel.

Der sozialdemokratische Stimmzettel, der am 19. Januar abgegeben werden muß, sieht so aus:

Wahlvorschlag Landsberg

1. Landsberg, Otto, Volksbeauftragter, Rechtsanwalt, Magdeburg
2. Heine, Wolfgang, Präsident des Staates, Dessau
3. Silberschmidt, Hermann, Stadtverordneter, Köpenick
4. Beims, Hermann, Stadtrat, Magdeburg
5. Bender, Ferdinand, Gewerkschaftsbeamter, Elberfeld
6. Bader, Paul, Chefredakteur, Magdeburg
7. Böllmann, Minna, Frau, Halberstadt, Bakenstraße 63
8. Gebhardt, Magnus, Stadtrat, Burg
9. Nitsch, Richard, Stadtverordneter, Magdeburg
10. Brandenburg, Ernst, Stadtverordneter, Stendal
11. Bergemann, Karl, Gewerkschaftsbeamter, Magdeburg

Dieser Stimmzettel muß unverändert, also mit allen elf Namen abgegeben, es darf kein Name gestrichen und keiner hinzugefügt werden! —

Schule und Kirche.

Nicht über die Frage der Trennung von Kirche und Staat überhaupt kann im neuen Preußen Meinungsverschiedenheit herrschen, sondern höchstens über das Zeitmaß, in dem sie erfolgen soll. Daz mit ihr zugleich eine Beseitigung des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen eintreten muß, ist ebenso unbestritten. Falsch aber wäre es, damit bis zu diesem Zeitpunkt zu warten. Schon jetzt lassen sich auf dem Verwaltungsweg die wichtigsten Vorarbeiten dazu erledigen. Die Beseitigung der geistlichen Orts-

zulassung war der erste Schritt. Andre werden folgen.

Nach dem Schulunterhaltungsgesetz von 1906 steht der Schulaufsichtsbehörde, d. h. den Kirchen- und Schulabteilun-

gen der Bezirksregierungen das Recht zu, den Vorsitzenden im Schulvorstand zu ernennen. In der dritten Ausführungsanweisung zu diesem Gesetz bestimmte die damalige Unterrichtsverwaltung: „Der geistlichen Entwicklung in der Mehrzahl der Provinzen wird es entsprechen, meistens den Ortschulinspektor, sofern er Mitglied des Schulvorstandes ist, mit dem Vorsitz zu betrauen.“ Die gegenwärtige Unterrichtsverwaltung wird den ihr unterstellt Regierungen klarmachen haben, daß sie grundätzlich einen andern Standpunkt einnimmt. Nicht der Geistliche, sondern der Lehrer erscheint als der gegebene Vorsitzende in dieser Körperschaft.

Eine weitere Forderung betrifft die Aufhebung der Bestimmung aus der preußischen Verfassung, nach der der Geistliche besucht ist, den Religionunterricht zu überwachen. Es wird eine selbstverständliche Aufgabe der preußischen Nationalversammlung sein, in der neuen Verfassung dieses Aufsichtsrecht zu beseitigen. In Meiningen ist es schon vor einem Jahrzehnt verschwunden, ohne daß Kirche und Schule Schaden gelitten hätten.

Ein weiterer Nebelstand ergibt sich daraus, daß heute der regelmäßige Schulunterricht noch starken Störungen durch kirchliche Handlungen ausgesetzt wird, die geeignet sind, den Unterricht gerade der letzten Jahre, der für die geistige Reife der Kinder von entscheidender Bedeutung ist, ungünstig zu beeinflussen. Dazu gehört die am vierten Oktavenhülfte Herlegung des durch den Geistlichen erteilten Konfirmantriums unter Unterricht in die Schulzeit. An den beiden Wochentagen, an denen die Kinder der Oberstufe diesen Unterricht besuchen, gleicht die Klasse einem Bienenstock. Es ist zu fordern, daß dieser Unterricht grundsätzlich in die schulfreie Zeit verlegt wird, daß er auch nicht dort im unmittelbaren Anschluß an den Schulunterricht stattfinden darf, wo die Kinder weite Schulwege zurückzulegen haben. Es darf auch nicht zugegeben werden, daß man etwa den Schulunterricht an einem Tage zum Teil auf den Nachmittag verlegt, um für den Konfirmandenunterricht am Vor-mittag Platz zu schaffen. Der Schulunterricht ist die Hauptaufgabe, und die Kirche kommt völlig zu ihrem Rechte, wenn sie die freien Nachmittage für ihre Zwecke auszu-nutzen kann.

Eine weitere Schädigung erleidet der regelmäßige Schulunterricht namentlich auf dem platten Lande durch kirchliche Handlungen, die in die Schulzeit verlegt werden. Sie zwingen Lehrer und Schüler zur Verkürzung oder Unterbrechung des hier an sich schon unzureichenden Unterrichts namentlich dann, wenn mit dem Lehramt ein kirchliches Amt organisch verbunden ist. Die Schulaufsichtsbeamten müssen angewiesen werden, dafür zu sorgen, daß diese Unterbrechungen vermieden werden. Wo es der Kirche wirklich nicht möglich ist, diese Handlungen in die schulfreie Zeit zu verlegen, muß sie lernen, auf die Mitwirkung der Schule zu verzichten.

Sodann wäre es höchste Zeit, daß das in vielen Gegenden noch übliche „Veitensingen“ endlich beseitigt würde. Abgesehen von den auch dabei unvermeidlichen Störungen des Unterrichts begegnet diese Sitte schweren gesundheitlichen Bedenken. Hunderte von Lehrern haben sich dabei Halskrankheiten zugezogen und sind vorzeitig Dienstunfähig geworden. Tausende von Kindern sehen sich dabei schweren Erkrankungen aus. Diese Unsitte muß durch ein gutes Verbot beseitigt werden.

Daz endlich die Lehrer von den niederen Küsterdiensten entfernen. Sie müssen auf Befreiung mühten, versteht sich ebenso von selbst wie die Befreiung der organischen Verbindung von Kirchen- und Schulamt. Es darf dann wieder der Lehrer frei doselben. Dann kann er auf Grund eines freien Vertrags mit der Kirchengemeinde kirchliche Dienste übernehmen. Seine Stellung gegenüber dem Geistlichen wird selbstständiger und unabhängiger.

Daz eine solche Trennung ohne Schädigung für Schule und Kirche eintreten kann, zeigen die Verhältnisse in Baden und Meiningen, wo sich seit vielen Jahren diese Regelung bewährt hat. Dort, ebenso in Hessen und Württemberg, ist die Übernahme der niedern Küsterdienste den Lehrern gleichzeitig verboten.

Auch hier ist also Preußen hinter der Entwicklung zurückgeblieben, und es ist eine dringende Aufgabe der neuen Zeit, diesen Rückstand endlich zu beseitigen. Schule, Lehrer und Kirche werden davon nur Nutzen haben.

G. Menzel.

Gleiche Brüder — gleiche Rappen.

Die bürgerlichen Parteien im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt haben ihre Listen für „verbunden“ erklärt, sie wollen gegenüber der Sozialdemokratie als ein reaktionärer Block angesehen werden.

Nach dieser Verbindung verbreitet die konserватive (Deutschnationalen) Partei im Kreise Flugblätter, in denen folgendes zu lesen ist:

I.

Die Demokratische Partei hat ein schönes Handwerkerprogramm aufgestellt. Aber man kann kein Vertrauen zu ihr haben, daß sie es halten wird! Denn jede Partei kann auf die Dauer nur in dem Geiste arbeiten, der sie und ihre Führer erfüllt. Die Demokratische Partei ist aber die Partei, die sich der Großkapitalismus zu seinem Schutz geschaffen hat! Alle andern Interessen werden bei ihr auf die Dauer zurückgedrängt werden. Es wäre eine gefährliche Täuschung zu glauben, dadurch daß man der Partei beitritt, könnte man sie auf Wege bringen, die dem Handwerk und dem Mittelstand schaden. Dafür sind die andern Elemente ihr viel zu stark. Wer aus dem Mittelstand der Partei des Großkapitalismus beitritt, macht sich Interessen dienstbar, die den seinen entgegengezahlt sind.

II.

Ferner gibt es eine Demokratische Volkspartei. Die Leiter dieser Partei sind in erster Linie Juden. Sollen wir uns von Kriegsgewinnern und Juden regieren lassen? Es ist schon schlimm genug, daß in der jetzigen Räteregierung so viel Juden sitzen. Bernstein, Cohn, Davidsohn, Eisner, Grädnauer, Haas, Haase, Liebknecht, Wurm, Simon, Zajé, alles sind Juden.

Hast du jemals einen Juden mit schwülen Händen gesehen? Ich nicht.

Das sind die Leute der Kriegsgewinne und Kriegsgesellschaften, die es verstanden haben, sich auf Kosten der anderen zu bereichern. Sie trifft eine große Schuld am jetzigen Unglück unseres Vaterlandes.

Eine Judenpartei wählen wir nicht, wir wollen von Deutschen regiert werden, nicht von Ausländern!

Was antwortet darauf die „Deutsche demokratische Partei“? Etwas mit dem Austritt aus der Interessengemeinschaft? Gott bewahre!

Die „Deutsche demokratische Partei“ fordert ihre Anhänger auf, für die „Deutschnationalen“, die Antisemiten und Junker zu stimmen, die sie selbst so öffentlich beschimpfen und als vollkommen des Vertrauens unwürdig hinstellen.

Wirkliche Demokraten aus dem Bürgertum und der Beamtenchaft können unmöglich die mit den Reaktionären verbündete Parteiliste wählen. Sie stimmen deshalb für die sozialdemokratische

Liste Landsberg.

Die Blutschuld.

Die Regierung und der Zentralrat geben eine Darlegung über die Berliner Blutbisse. Sie haben fünf Tage lang sich um Verhandlungen bemüht, um das Blutvergießen zu vermeiden. Aber die Spartakiden und die linken Unabhängigen geben nicht nach. Sie wollen den Kampf mit den Waffen.

Es heißt am Schluß der Darlegung, nachdem die angebauten und abgebrochenen Verhandlungen geschildert worden sind, wie folgt:

„So kam Donnerstag der 9. Januar heran. Die Regierung hatte die Machtmittel, die Drudereien zu entschärfen. Sie waren nicht angewandt worden, weil die Volksbeamten, wenn es irgend ging, Blutvergießen vermeiden wollten.“

Am Donnerstag erschien nun eine aus acht Mitgliedern der Arbeiterjugend der Schwarzkopfsweife und A.G.G. gebildete Deputation, der Mitglieder der Sozialdemokratie, der Unabhängigen und der Spartakiden angehörten. Sie waren in einer großen Versammlung im Humboldthain gewählt worden. Der Vorsitzende des Zentralrats, Genosse Leinert, erklärte ihnen, daß er die Einigungsbestrebungen der Arbeiterjugend aus wärmste begrüßte; daß sie nicht nur den Zentralrat, sondern auch die Regierung. Die Deputation erklärte sich, nachdem Genosse Leinert die Aussicht des Zentralrats dargelegt hatte, damit einverstanden, daß die Wiederherstellung völliger Pressefreiheit voraussetzung für Verhandlungen sein müsse. Die Deputation und der Zentralrat gingen auch darin völlig einig, daß ein Kampf unter Sozialisten nur mit geistigen Waffen ausgefochten werden dürfe, und nicht mit Revolvern und Pistolen gewehren, wie das Spartakus und die Berliner Leitung der Unabhängigen seit Tagen praktisch übten. Die Arbeiterdeputation wollte darum noch mit den Unabhängigen und der Vorwärtsbesetzung verhandeln, damit der Vorwärts freigegeben würde. Sie wünschte deshalb, daß in der Nacht zum 9. Januar kein militärischer Angriff zur Rückeroberung des Vorwärts erfolgen solle. Der Zentralrat und die Volksbeamten sagten das zu, obwohl militärisch alle Vorbereitungen zur Rückeroberung des Vorwärts für diese Nacht bereits getroffen waren. Wenn es irgend möglich war, sollte Blutvergießen vermieden werden.

Aber Spartakus und die revolutionären Obrente haben es anders gewollt. Die Bemühungen der Arbeiterdeputation um die Freigabe des Vorwärts blieben ohne Erfolg. Bis zuletzt hat die Besetzung des Vorwärts eine friedliche Rührung und Ruhe zurückgewiesen. Mit Gewalt batte die Spartakus und die Leute der Unabhängigen die Druderei besiegt, nur der Gewalt wollten sie weichen. Ein Aufruf, der ganz übereinstimmte mit der Haltung der unabhängigen Freiheit, die am diesem Tage in mahlloser Peitsche zum gewalttätigen Bürgerkrieg hetzte.

Am Freitag den 10. Januar, hatte auch noch eine Deputation der in den feindlichen Drudereien und von ihnen abhängigen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten verfaßt, die Freigabe ihrer Arbeitsstätten zu erwir-

ken. Die Vorwärtsbesetzung hatte sie nach dem Polizeipräsidium gesandt. Von dort aus wurden sie nach Eichhorns damaligem Hauptquartier, der Bötzow-Brauerei, geschickt. Eichhorn, der an der Spitze der Berliner Kandidatenliste der Unabhängigen zur Nationalversammlung steht, war nicht bereit, die uneingeschränkte Pressefreiheit herzustellen; insbesondere wollte er den „Vorwärts“ nicht räumen. Die bürgerliche Presse dagegen war Eichhorn bereit, freizugeben, wenn sie sich einen Sensor gefallen ließe und wenn die Volksbeamten und der Zentralrat bereit gewesen wären, schriftlich zu erklären, daß nach Zurückziehung der Spartakusbefreiung die Regierung keine Truppen in die besetzten Drudereien legen und der Sensor dort nicht in seiner Arbeit gehindert würde! Zu einer solchen Schändung der Pressefreiheit waren Zentralrat und Volksbeamte natürlich nicht bereit. Sie hätten sich mit ewiger Schmach bedeckt, wenn sie sich auf diese Summutung Eichhorns, des reaktionären Polizeipräidenten von Berlin, eingelassen hätten.

So wurde von Montag mittag bis Freitag abend verhandelt, während die um die Errungenschaften der Revolution bangenden Massen ängstlich fragten: Wie lange noch soll uns eine skrupellose Minderheit nach russischer Methode terrorisieren? Wurde verhandelt und bis zum letzten verhandelt, weil Blutvergießen vermieden werden sollte. Erst als klar wurde, daß weitere Verhandlungen keinen Zweck haben könnten, weil die freiwillige Räumung des „Vorwärts“ und die Wiederherstellung der uneingeschränkten Pressefreiheit nicht zu erzielen war, nutzte der Gewaltentgegenseitigkeit.

Vängerles Zuwartern war aber auch deshalb nicht mehr möglich, weil uns nur noch 8 Tage von den Wahlen zur Nationalversammlung trennen, und für die Wahltagitation die Pressefreiheit unbedingt hergestellt werden mußte.

In kurzer Zeit vor der „Vorwärts“ gestürmt, waren die übrigen Drudereien entsezt. Leider floß dabei Blut. Dieses Blutvergießen haben Eichhorn und seine Leute, der Spartakusbund und die Berliner Zeitung der Unabhängigen vor der Geschichte zu verantworten. Und niemand anders! —

Furchtbar ist der deutsche Volkes,
Furchtbar ist der Sünden Schuld,
Tatsum sucht der Wähler Huld
Unter falscher Marke alles;
Was nur tat am Volke fehlen,
Rennt sich stolz jetzt „Volkspartei“,
Sagt, daß „Demokrat“ es sei —
Doch das Volk wird Landsberg wählen.

Spartakus im „Vorwärts“.

Nach langer Zeit erhalten wir wieder einmal einen Berliner Brief. Er schildert uns die Art, wie Spartakus im „Vorwärts“ gehaust hat.

Seit Sonntag ist die sozialdemokratische Partei wieder im Besitz des „Vorwärts“. Redaktionssäume, Schreie, Druckerei und was sonst zu dem umfangreichen Betrieb des Centralorgans gehört, ist wieder in den Händen der Partei. Allerdings: Sie befindet sich im Besitz dessen, was Spartakus zurückgelassen hat. Und die Hinterlassenschaft sieht wahrhaftig wütig genug aus.

Die „Vorwärts“-Redaktion ist ein Chaos. Verstörung, Unordnung, Verwüstung herrschen in den Räumen. Die spartakistischen Geschäftsräume haben in dem „feindlichen“ Bezirkum gehaust wie die Hunnen, wobei man nicht genau weiß, ob man nicht mit dieser Gestaltung dem Volke der Hunnen unrecht tut! Ein Sturm des Unmutes scheint durch die Räume gezeigt zu sein. Verbrochene Tische, umgestürzte Schränke, entleerte Büderregale, zerstörte Schlösser, beschädigte Fußböden bezeichnen den Zug, den Spartakus in das feindliche Gebiet genommen hat. Zum größten Teile sind die Verstörungen völlig widerständig und ohne jede Ursache verübt worden. Das Ganze macht den Eindruck, als ob sich in diesen acht Tagen das allerheiligste Gesindel von Berlin in den „Vorwärts“-Räumen ein Stelltheim gegeben hat.

Was nichtriet und nötigst war, ist gepröbelt worden. Die Herrscher haben ihren Gegnerhass zum Eigentumsprinzip in der Beize Ausdruck verliehen, das sie davon geschleppen haben, was ihnen irgend des Mindestens wert erscheinen ist. Es muß in der nächsten Zeit damit gerechnet werden, daß mit Briefbogen und Plakaten, die den „Vorwärts“ aufzudrucken versuchen, die Firma Ufer, die den „Vorwärts“ aufzudrucken versucht und ver sucht, die Rückseite auszumaißen, was jedoch nicht gelungen ist. Ein kleinerer Geldbetrug, der zu einem Nebenbetrieb geworden ist, geöffnet worden, doch hat man ihn leer vergraben. Der Schaden an Material ist ungeheuer.

Stotter geschüttet haben auch die in dem großen „Vorwärts“-Gebäude untergebrachten bürgerlichen Firmen. Daß die Spartakiden sich nur zu einem sehr kleinen Teile aus Alkohol-Warenzimmern zu machen, beweist der Gangzug, den man bei der im 1. Hof untergebrachten Weinfirmen Braub unternommen hat. Die Firma berechnet ihren sehr anscheinlich aus Wein diebstählen resultierenden Schaden auf 45 000 Mark. Andere Firmen sind in ungeheuer der gleichen Höhe geschädigt.

Genialen Schaden hat der „Vorwärts“ durch den Raub erlitten, der sich nur seinem Besitz abgespielt hat. Nach hanturigen Schätzungen beläuft sich der Schaden auf etwa 125 Millionen Mark. Im schwersten geschädigt ist die Zeitungsbereiche. Daß durch einen Balltreffer heimgesucht worden ist. Der Treffer hat die hintere Wand durchschlagen und das Fenster ist in dem Raum freihalten, in dem jedoch weiter die Schreinereien sind. Diese weiteren Räume sind zum großen Teil unveröffentlicht weiter beständig. Bei einigen erkennt es fraglich, ob sie wieder in verwendbaren Zustand zu versetzen sind. Am Sonntag morgen wurde in diesem Raum noch ein Toten vorgefunden. Dessen höherer Schaden ist es unbestimmt anzusehen, daß der Betrieb nach nicht wieder hat angenommen werden können.

Zur Augenzeit ist der „Vorwärts“-Raum besetzt vor einem Böse kleineren Betrieb, Schutz- und Anwaltskanzlei namen, die alle bemüht sind, die Spuren der kampfzweckenden Partei den Spartakus zu beseitigen. —

Was geht beim A.-D.-R. 10 vor?

Vom Vorstand des Soldatenrats der 10. Armee geht der „Berliner Volkszeitung“ nachstehende, sehr merkwürdige Erklärung zu:

Die gegenwärtig am Sitz des A.-D.-R. 10 anwesenden Mitglieder des Soldatenrats der 10. Armee legen ihr Urteil niedrig als Zeichen des Protestes gegen die antinationale und antisozialistisch Politik, welche das A.-D.-R. 10 im Verein mit Oberost im Gegensatz zum wiederholten und gebenen Aufsatz des Soldatenrats betriebe und die bei der Räumung Vilnas zum typischen Ausdruck komme. Die planmäßige Auslieferung der Hauptstadt Vilnaus an die bewaffnete polnische Macht (Legionäre) gleich unter bewaffneter Umgebung des Soldatenrats der 10. Armee, ist nach den Vorgängen in Warschau und Posen völlig ungerechtfertigt und bedeutet zugleich die Aufrichtung eines reaktionären Gewaltregiments.

Diese Tatsachen zwingen uns, jede weitere Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Dienststellen aufzugeben.

Großroden, den 5. Januar 1919.
Wochtle, Obmann. Oppel, Sekretär. Mürtle. Wezel. Busse. Ebel. Höhls. Heise. Rupprecht. Giewert. Weise.

Die „Berliner Volkszeitung“ bemerkt zu dieser Erklärung: Wenn der Soldatenrat in seinem Begleitschreiben meint, „infolge der ohnehin schwierigen Lage der Reichsregierung“ von einer ausführlichen Begründung seines Rücktritts Abstand nehmen zu müssen, so wird der Reichsregierung dieser Hinweis wohl genügen, um bei Ober-Ost einmal gründlich nach dem Rechten zu sehen. —

Die Partei der Kriegsgewinner.

In ihrer Jugend Maienblüte wollte die Deutsche demokratische Partei an der Seite der Sozialdemokratie für ein freies neues Deutschland kämpfen.

Heute verbündet sie sich mit den Trägern des alten verrotteten Systems, mit der Partei der alten Machthaber, der Militärautokratie und der Konservativen, die in ihrem Vorstand nichts als alte Konservative und Antisemiten hat, friest sie unter den Schutz von Adel und Kapital!

Dafür wird sie aber auch reichlich mit Geldmitteln aus den Kassen der Kriegsgewinner versiehen. Ursprünglich kommen sie über Mangel an Geld, heute schwimmen sie im Gelde. Woher das kommt, zeigt nachstehendes Schreiben, das dem „Volksschlag“ in Dessau zugeslogen ist:

Anhaltischer Industrie-Verein.

Dessau, den 3. 1. 1919.

Heinrichstr. Nr. 1

Ga. N. N.

Dessau.

Die Vorstände der bedeutendsten anhaltischen wirtschaftlichen Betriebe sind gestern zufolge einer Anregung des Herrn Dr. v. Oehlhäußer hierzu zu einer Besprechung über die stärkere Beteiligung der Vertreter von Handel und Industrie bei der bevorstehenden Nationalversammlung in Dessau zusammengetreten. Die Anwesenden waren über einstim mend der Ansicht, daß das Lebensinteresse der Industrie eine stärkere Beteiligung der industriellen Kreise an allen Wahlen, insbesondere der bevorstehenden Nationalversammlung, dringend notwendig mache.

Es gilt auch Aufklärungsarbeit energisch zu betreiben, denn selbst in den gebildeten Kreisen außerhalb der Industrie fehlt vielfach fast jede Kenntnis von den wichtigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Es ist auch notwendig, mit allen Kräften daraus hinzukommen, daß in den Reichs- und Landtag, in die Kreis- und Stadträte Vertreter der Industrie gewählt werden, damit diese imstande sind, dort die Auflösung der Industrie zur Geltung zu bringen.

Vor allem werden sofort größere Mittel benötigt, um für die Deutschen demokratischen Partei zur Verfügung zu halten, die für Anhalt als Vertreterin auch der industriellen Interessen nach Lage der Thätigkeit allein in Frage kommt. Wir wenden uns deshalb auch an Sie mit der Bitte, im eignen wohlverstandenen Interesse sich an der Auflösung der Mittel zu beteiligen.

Wir müssen auch ferner darum bitten, es nicht bei einer Beitragszeichnung der Firma zu belassen, sondern möchten auch die Inhaber, Direktoren und Leitenden Angestellten erlauben, ihresorts eine Beitragsleistung vorzunehmen. Dieses Opfer erscheint uns notwendig. Man bedenke, welche freiwillige Leistung der organisierte Arbeiter übernimmt.

Bezüglich der Höhe des einmaligen Beitrags für die Firmen wird der zweite bis dreifache Handelskammerbeitrag vorgeschlagen.

Die Zahlungen sind unserer Kasse zu Händen der Anhaltischen-Landesbank hierzu zu überweisen.

Zahlungen der Firmen außerhalb Dessau werden der für ihren Ort zuständigen Parteileitung überwiesen.

Hochachtungsvoll
Anhaltischer Industrie-Verein,
ges. Georg Sachsenberg, Vorsitzender.

Die Unternehmer, die durch die Fabrikation von Kriegsgerät aller Art Millionen im Kriege verdient haben, blicken voll Vertrauen auf die Demokratische Partei. Gerade dieser Partei trauen sie zu, daß alle ihre leichten Versicherungen, die Kriegsgewinne erfassen zu wollen, nur Schall und Rauch sind, daß vielmehr die Demokraten in der Nationalversammlung alles aufzubieten werden, um die Kriegsgewinner zur Verfügung, damit sie die Wählerschaft einspielen kann. Deshalb stellen die Kriegsgewinner der Deutschen demokratischen Partei jetzt Läuse und zur Verfügung, damit sie die Wählerschaft einspielen kann. Sie hoffen, sich dadurch ihre im Kriege auermengerafften Millionen zu erhalten.

Wähler und Wählerinnen, seid auf der Hut, ihr müßt sonst eine Erfolgsfeier teuer bezahlen. Zeigt den noch nicht vollen Aufgeklärten, daß die Deutsche demokratische Partei die Partei ist, die in der Nationalversammlung dafür einzutreten hat, daß die Kriegsgewinner geschont werden. Was die Kriegsmillionäre nicht zu zahlen brauchen, das müssen dann die Besieglosen aufbringen, die am Kriege nichts verdient haben, damit Deutschland seine Schuldenlast los wird.

Wer sich nicht von Kriegsgewinnergeld kaufen lassen will, wählt am 19. Januar die Liste Landsberg.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 13.

Magdeburg, Donnerstag den 16. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. Januar 1919.

Kein Generalstreit!

In Magdeburg versuchen Spartakus zur Unterstützung der Berliner Gewaltakte den Generalstreit durchzuführen. Die sozialdemokratische Parteileitung warnt hierdurch die Arbeiterschaft, sich an diesen Treibereien zu beteiligen. Man will durch den Generalstreit die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Läuft euch nicht von Spartakus irreführen. Beteiligt euch nicht an dem anarchistischen Generalstreit.

Die Parteileitung, Louis Höhnen.

Auf zur Wahlarbeit!

Alle Parteifunktionäre, männlichen und weiblichen Geschlechts, sowie Freunde der alten Sozialdemokratischen Partei, werden dringend gebeten, sich zur Verrichtung von Wahlarbeiten zur Verfügung zu stellen. Obwohl sich schon Hunderte von Genossen für die so notwendige Wahlarbeit gemeldet haben, fehlt es immer noch an tausenden Helferkräften. Um eine glatte Erledigung des Wahlgeschäfts zu ermöglichen, müssen Instrumenten an sämtliche Wahlhelfer verteilt werden. Zu diesem Zwecke fordert die Parteileitung hierdurch auf, daß sich die Wahlhelferkräfte unserer Partei sowie alle Funktionäre in Versammlungen einfinden,

die stattfinden:

Für den Stadtteil Wilhelmstadt am Donnerstag den 16. Januar, abends 8 Uhr, im „Zwischenpart“, Eingang Schrotestraße.

Für die Stadtteile Friedrichstadt und Werder am Donnerstag den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Local „Zur Königswelle“, Hünkestraße 4.

Bezirk Magdeburg Nord und Süd am Freitag in der „Reichskrone“, abends 7½ Uhr.

Stadtteile Alte und Neue Neustadt am Freitag, abends 8 Uhr, in der „Krone“, Moldenstraße.

Bezirk Buckau. Am Freitag, abends 7 Uhr, findet eine Sitzung sämtlicher Funktionäre, Kassierer und aller Wahlhelfer in der „Thalia“ statt.

Die Funktionäre und freiwilligen Wahlhelfer der nicht genannten Stadtteile sind von den Bezirksvertretern bereits schriftlich eingeladen worden.

Genossen, Genossinnen und Parteifreunde! Ihr alle wollt den Sieg der sozialdemokratischen Mehrheitspartei am Wahltag erkämpfen. Ohne praktische Mitarbeit ist dies nicht möglich! Wer den Sieg der Linke Landsberg will, wer verhindern will, daß die äußerst rüdigen Gegner zum Schaden der revolutionären Errungenschaften Erfolge erzielen, der folge dem Ruf der Parteileitung, gehe in die angezeigten Wahlhelfer-Versammlungen und stelle seine Mitarbeit während der nächsten Tage in den Dienst der Partei.

Dieser Ruf ergeht auch an die Frauen, die für den Sieg der Linke Landsberg kämpfen wollen. Von größtem Wert für ein gutes Funktionieren der Wahlarbeit ist die Mithilfe von Radfahrern. Wir bitten, daß sich solche melden.

Das Wahlbüro befindet sich von jetzt an in der „Burghalle“, Inh. Karl Koppehl, Tischlerkrugstraße 28. Telefon Nr. 3036. —

Zwei Briefe.

Gin aus dem Felde Heimgekehrter schreibt uns:

Bei der letzten Wahl bin ich noch nicht in Ihrem Lager gestanden. Die Kriegszeit hat mir eins andre Gesinnung beigebracht. In den langen Stunden auf Posten vor dem Drachentor oder beim unbefriedigenden Arbeitsdienst habe ich die Dinge von einer andern Seite kennengelernt. Und mit mir noch so viele Kameraden, ganz gleich, ob sie vor dem Kriege freien Berufen angehörten, ein selbständiges Geschäft als Kaufmann oder Handwerker betrieben, ob sie Angestellte oder Landwirte waren. Unser aller Sinn konzentrierte sich mit der Zeit dahin: Es müssen andere Zustände geschaffen werden, das deutsche Volk muß frei werden von den Machthabern, es muß sich mündig machen, um seine Geschichte selbst lenken zu können.

Die Sozialdemokratie wurde der Sammelpunkt für all unser Empfinden, und als die Nachrichten von der Unwälzung in der Hauptstadt zu uns an die Freien drangen, bemächtigte sich unsrer große Freude. Wie ungestüm verlangte es jeden von uns danach, zu Hause mithelfen zu können am Aufbau des jungen Volksstaates. Jetzt sind wir zu Hause, jetzt steht der Wahltag, an dem wir unser Teil beitreten können, ein andres Siedlungsgebiet zu schaffen. Zu dem was wir ohne Bedenken tun wollten, gehört jetzt entschlossene Beharrlichkeit dazu. Nicht alle bringen sie auf. Mancher fühlt sich abgestoßen von dem wütsten Treiben Unverantwortlicher. Bieten Sie mir die Möglichkeit, allen Kameraden die Wahrheit zu erzählen, nicht wieder in die alte Leidtragung zu verfallen.

Kameraden, denkt alle beständig an die Zeit, die wir jetzt glücklich hinter uns haben und halten treu zu dem Schwur, den wir uns in ernsten Stunden gaben, der Sozialdemokratie zur Mehrheit zu verhelfen. Lassen wir uns von diesem Ziele durch nichts abbringen. *

Ein Dienstmädchen schreibt uns:

Lieber Herr! Sie haben leichte Vorstellung, wie wir Dienstboten jetzt angegangen werden, daß wir am Wahltag Volkspartei wählen sollen. Damen in Pelz und Schleier kommen uns aufzufinden und reden so freudlich mit uns, wie wir sonst nicht gewohnt waren. Was wir auf einmal bei den Herrschäften gelten, weil wir jetzt das Wahlrecht haben! Doch das Unrecht, das uns angetan wurde, sitzt zu tief. Das lässigste Umschmeicheln der Damen, die Zeit haben, treppauf und treppab zu gehen, macht nicht vergessen, wie wir sonst behandelt wurden. Selbst jetzt hat manche Madam nur herrische Worte.

Sie kommen und fragen borsch, wen wir wählen. Das geht ihnen doch nichts an. Erhalten sie zur Antwort Volkspartei, dann machen sie eine Bemerkung, als ob das unser Glück wäre, sonst würden sie uns ihre Macht föhlen lassen. Wenn die Herrschäften angelogen sein wollen, sagen wir eben Volkspartei. Dann haben wir wenigstens Ruhe, bis die nächste „Gnädige“ kommt.

Diese zwei Briefe lassen deutlich erkennen, was jede sozialdemokratische Frau und jeder Mann zu tun hat: Unablässig tätig zu sein für die Partei. Die Bürgerlichen arbeiten mit großem Eifer. Machen wir es ihnen gleich! Erkennen wir, daß unsre Zukunft von diesen Tagen abhängt. —

— **Öffentliche Frauenversammlungen.** Am Donnerstag abend findet in der Wilhelmstädtischen Harmonie, Oberstraße Straße, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Redakteur Kirsch über die Bedeutung der Wahlen für die Frauenwelt spricht. Eine gleiche Versammlung wird am Freitag abend im Eisställeraal für die Sudenburg abgehalten. Die Genossinnen der beiden Stadtteile werden um zahlreichen Besuch gebeten. —

— **Eine Versammlung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei** fand am Dienstag im „Weissen Hirsch“ statt. Schneidermeister Ulrich (Holle) verbreitete sich in zündigen Ausführungen über die Beziehungen der letzten 4 Jahre; vom Nord in Saarau aus angelaufen bis zu den Kampfen in Berlin. An der sehr lebhaften Debatte wurde verlangt, daß mit der Sozialisierung begonnen werde. Die Weltrevolution sei unverhinderbar, sie werde auch England und Amerika erreichen. Ganz natürlich wurde auf die Mehrheitslosen isolisten im allgemeinen und auf die „Volksstimme“ und einzelne Magdeburger Genossen im besonderen geschimpft. —

— **Wadenbesitzer.** die Wahlplakate der Sozialdemokratischen Partei im Schaukasten anzuhängen wollen, werden von der Parteileitung um telefonische oder schriftliche Mitteilung gebeten. Wahlbüro der Sozialdemokratischen Partei, Tischlerkrugstraße 28 (Restaurant Burghalle), Telefon Nr. 3036. —

— **Die Marineangehörigen Magdeburgs** hatten sich am Freitag den 10. Januar zwecks Gründung einer freien Marine-Vereinigung in der „Burghalle“ zusammengefunden. Es wurde eine lebhafte Diskussion über Zweck und Ziele der zu gründenden Vereinigung geführt. Beiflüsse wurden noch nicht gefaßt. Alle Angehörigen der Marine, welche gewillt sind, einer freien Vereinigung beizutreten, werden hiermit zum Freitag den 17. Januar, abends 7 Uhr, nach der „Reichskrone“, Kaiserstraße, eingeladen. —

— **Zur Sicherung der Wahl.** Aus dem Parteisekretariat wird uns geschrieben: Die von den Spartakisten in Berlin und andern Orten verübten Gewalttaten haben gezeigt, daß mit allen Mitteln das Zustandekommen der Nationalversammlung verhindert werden soll. Das deutsche Volk hat in seiner Überwältigenden Mehrheit sich gegen Spartakus entschieden. Trotzdem muß damit gerechnet werden, daß unsre deutschen Bischöfchen am Wahltag selbst noch den Versuch unternehmen, das Wahlgeschäft zu stören, um durch gewalttätige Eingriffe eine Ungültigkeit der Wahl herbeizuführen. Gegen solche, von einer kleinen Zahl fanatisierter Personen bedrohten Anläufe muß der Wähler geschützt sein. Es geht nicht an, daß die Ausübung des höchsten staatsbürgерlichen Rechtes einfach illusorisch gemacht wird. Sicherheitsmaßnahmen müssen getroffen werden. Die Selbsthilfe in jedem einzelnen Wahllokal ist deshalb zu organisieren. Besonnene, zugleich aber auch geeignete Genossen, die den Sicherheitsdienst in den Wahllokalen übernehmen wollen, werden gebeten, sich unter Vorzeigung ihres Partei-Mitgliedsbuchs im Wahlbüro, Tischlerkrugstraße 28, zu melden. —

— **Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte** hat in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen, gegen die Entscheidung der Hilfsarbeiter des Magistrats in der Versammlung vom 6. Januar, in welcher die möglichst baldige Entlassung der Hilfsarbeiterinnen verlangt wird, Stellung zu nehmen und beim Magistrat gegen die unbegrenzte Entlassung der Hilfsarbeiterinnen vorstellig zu werden. —

— **Zum Wahlrecht der Soldaten.** Für die Soldaten, die nach dem 6. Januar 1919 vom Heer in die Heimat entlassen sind und die aus diesem Grunde nicht in die Wählerliste eingetragen werden können, müssen auf Antrag gegen Vorzeigung der Entlassungspapiere von dem für den Wohnort zuständigen Bezirkskommando Wahlberechtigungsscheine kostenlos ausgefertigt werden. Soldaten, die vor dem 6. Januar vom Heer entlassen sind und schon an diesem Tag in ihrem Wohnort eingetroffen sind, so daß sie sich in die Wählerliste noch hätten eintragen lassen können, bekommen solche Ausweise nicht.

— **Abtransport der Östarbeiter.** Das städtische Preßbüro schreibt uns: Der Abtransport der noch hier beschäftigten ausländischen Östarbeiter beginnt Mittwoch den 15. d. M. Es ist natürlich nicht möglich, sie aus einem abzuschaffen. Es wird das in Abschriften gelöschen, je nachdem die Eisenbahndirektion den notwendigen Wagenraum zur Verfügung stellen kann. Es ist also kein Grund zu irgendwelchen Beschränkungen vorhanden, daß die sechs österreichischen Arbeiter hier behalten werden sollen, und so den einheimischen Arbeitsgelegenheit und Brüderlichkeit erhält. An alle Arbeitnehmer ergeht nun die dringende Mahnung, ungeäußert in die frei werdenden Arbeitsgelegenheiten einzutreten, damit die allenfalls herrschende Not nicht durch den Ausfall geschaffener Arbeit noch mehr verschärft wird.

— **Die nächste Aufführung von „Das Gesetz“.** Die vom Arbeiter-Bildungsausschuß vorgebereitete Aufführung der Tragödie „Das Gesetz“ sollte ursprünglich am 26. Januar stattfinden. Da aber dieser Tag Wahltag zur preußischen Landesversammlung ist, wird die Vorstellung auf den 2. Februar verschoben. Die Aufführung der Eintrittskarten kann erst in der Woche nach den preußischen Wahlen erfolgen. —

— **Wertpapiere.** Den Auslieferern von Paketen kann zu eignem Nutzen nicht drin end gering empfohlen werden, von der Erreichung Wiedergutmachung zu profitieren, die die Postverwaltung in dankenswerter Weise für Wertpapiere bis 100 Mark eingeholt hat. Die Neuordnung sieht darin, daß an solche Pakete hinsichtlich ihrer Bezahlung keine höheren Anforderungen gestellt werden als der geschätzten Wert des Pakets, und daß Versteigerung ab rhaupt nicht verlangt wird. Die Wertangabe ist nur aus der gelben Kataloge niedergeschrieben, nicht auch wie bei den Paketen über mehr als 100 Mark, auf dem Paket selbst. Gegen die Erreichung der Versteigerungsgebühr von 10 Pf. ergebt sich in Berlin- und Reichsbahnhöfen unverkürzt den Wert bis 100 Mark. —

X **Zum Mord in der Apfelstraße.** Der des Mordes in der Apfelstraße dingend verdächtige und deshalb gefasste Arbeiter Alexander Musial ist in Schönbeck festgenommen. Er hielt sich dort unter dem Namen Otto Witalewitsch seit einiger Zeit auf, erklärte nach seiner Festnahme, tatsächlich ist zu heißen und hier in der Apfelstraße noch nicht gewesen zu sein. Nach seiner Vernehmung nach vier blieb er erst bei dieser Behauptung, gab aber schließlich bei der Kriminalpolizei zu, die gefasste Person zu sein. Nach seinem weiteren Geständnis hat er den Tod der Frau Engelsdorf verursacht, er bestreitet aber, sie absichtlich erschossen zu haben. Der Tod soll voll durch unvorsichtiges Umgehen mit der Pistole erfolgt sein. Der tödliche Schuß sei losgegangen, als er — Musial — die geladene Waffe in eine Schublade der Kommode legen wollte. Ob diese Angaben glaubhaft sind, muß die weitere Untersuchung ergeben. —

— **Ansteckende Krankheiten** wurden in der Woche vom 5. bis zum 11. Januar gemeldet: Diphtherie 30 franz., Lungentuberkulose 20 franz., Schatzl 1 franz., Unterleibsyphus 1 franz. —

X **Gestohlene** wurden am 9. d. M. auf dem Hauptbahnhof einem jungen Mädchen aus der Manteltasche eine silberne Handtasche mit silberner Kette entwendet: 1 Bleihülle, 1 Spiegel, 1 Puderdecke und 1 Geldbörse alles aus Silber, sowie 147 Mark; in der Nacht zum 14. aus einem Gesicht am alten Brücktor 2 Paar lange Stiefel, 1 Paar Schnürschuhe und 1 Paar beigefarbene Schuhe; aus einer verschloßenen Bodenlammer in der Gustav-Adolf-Straße 2 Uniformröcke eines Eisenbahnzugsführers, 1 Marinrock, 2 Wäscheketten und eine Kette mit Zwieseln; aus einer verschlossenen Bodenlammer in der Großen Dorotheenstraße 5 Damen-Händen, 1 Dame - Kleinfled, 1 Bettlaken, 1 grauwollene voligfreie Decke 2 braune wollene Decken, 1 Portiere, 1 Paar Strümpfe, 6 Schleier Gardinen, 1 photographischer Apparat; am 14. auf dem Hauptbahnhof 1 Fahrrad „Bavaria“; in der Kaiserstraße ein Fahrrad „Fander 5“; aus einer verschlossenen Niederrage in der Brauereistraße mehrere Flaschen verschiedenem Wein und drei Originalflaschen Rognat. —

X **Zwei Pferde und ein Wagen** gestohlen. In der Nacht zum 9. d. M. sind aus Schuppen des Feldartillerie-Regiments Nr. 4 zwei schwere Pferde, und eine braune Stute Nr. 38 mit unregelmäßigem Stern, 8 Jahre alt, 1,74 Meter groß, und ein brauner Wallach Nr. 39, hinten weiße Fesseln und auf dem linken Hinterbein ein roter Fleck, nebeneinem Wagen gestohlen worden. Die Nummern der Pferde befinden sich in der Sattelstütze. Sachdienliche Mitteilungen erwirkt die Kriminalpolizei. —

X **Wem gehören die Sachen?** Festgenommen wurde der russische Handlungsgeselle Sennel Tschir, der am 14. d. M. morgens zum Bahnhofsteig 3 des Hauptbahnhofs eine Kiste und einen Kuckucks mit Inhalt anscheinend einem Soldaten gehörig, gestohlen hat. Unter dem Fund befinden sich: 1 Paar hellgrau Handschuhe mit dem Stempel R. J. R. 40 B. 1916, graue Strümpfe gez. G. H. und G. K., schwarze Strümpfe graue Taschenlüber gez. G. H. und G. K., Trottledehntücher, Hemden, Unterhosen, Stiefelkästen, ein Hut mit einem Kratzen, ein Karton mit Kästzeug, ein Porteepe, ein Dolch u. a. m. Der unbekannte Eigentümer kann die Sachen bei der Kriminalpolizei in Empfang nehmen. —

X **Festgenommen** wurden der Bewohner Paul Hubertus aus Preisen, der am 20. Dezember v. J. aus einem Logierzimmer eines besten Hotels Binschwede im Werte von 2800 M. und am 7. d. M. ebendaselbst 1 Paar wertvolle Manschettenknöpfe gestohlen hat. —

— **Kellerbrand.** Heute Mittwoch vormittag gegen 9½ Uhr geriet in einem Keller des Bordelgebäudes Tischlerkrugstraße Nr. 6 und 7, vermutlich infolge unvorsichtigen Umgehens mit offeinem Licht, allerlei Kerzen in Brand. Das Feuer konnte, da es beim Eintreffen der Feuerwehr erst eine geringe Ausdehnung angenommen hatte, mit einer Schlauchleitung gelöscht werden. —

Theater, Konzerte sc.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Donnerstag „Die Abreise“, hierauf „Abu Hassan“ Freitag „Carmen“. Sonnabend nachm. „Peterchens Mondfahrt“ (bereits ausverkauft), abends „Sappho“. Sonntag (Anfang 5 Uhr) „Siegfried“. —

Vereins-Kalender.

Zeugen unter dieser Rubrik tönen 15 Bl. die Seite. Bei Aussendung von Mauskettchen für diese Zeit muß dies der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Außerdem erfolgt eine Aufnahme. Die Notizen dürfen nur kurze Hinweise auf Versammlungen, Versammlungsstunden sc. enthalten. Zeiträume wie „Tagesordnung“, „Eröffnungszeit“ u. dergl. werden gestrichen.

Sozialdemokratischer Verein Alte Neustadt. Freitag den 17. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung in der „Krone“, Moldenstraße. —

Männer-Gesangsverein Einigkeit. Buckau. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Zehle. — **30. Magdeburger Damenchor.** Übungsstunden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Trixie, Pariserstraße 6. —

Briefkasten.

G. H. Schadenschein. Von diesem Einkommen müssen Steuern entrichtet werden. G. H. Wenden Sie sich an das Kriegsministerium in Berlin. **G. K.** „Boitländischer Anzeiger“ in Plauen. **D. B.** 100. fällt nicht unter die Mindeste. **G. F. L.** Berlino-Hagen. Erinnern Sie die Kompanie noch einmal an die Sache. — **H. B.** 92. Es besteht die Altersgrenze von 65 Jahren. —

Wasserstände.

+ bedeutet über. — unter Null.

	Geb.	Gall. Buchs.	Geb.	Gall. Buchs.
Baruth	14. I.	—	16. I.	—
Brandenburg	—	—	Großr. 1.	+ 1,44 0,08
Blankf.	—	—	Drötha.	+ 2,38 0,08
Leimbach	15. I.	—	Bernburg 1. W.	+ 1,65 0,05
Auflig	—	—	Ralbe Oberp.	+ 1,76 0,05
Dresden	—	0,77 0,10	Ralbe Unterp.	+ 1,35 0,09
Torgau	—	—	Grizehne	+ 1,37 0,10
Wittenberg	—	+	—	—
Plötzkau	—	2,19 0,11		

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Egeln, 15. Januar. (Aus Lebensmittellarten) werden vom 16. bis 18. Januar bei sämtlichen Käufleuten verabfolgt: aus Abschnitt 3 1/2 Pfund Gruppen, da Pfund 45 Pfennig; ferner bei Feder und Gohmann aus Stammfarbe Abschnitt 19 von Nr. 701 bis 900 eine Pfütze Sardinien in Öl zu 3,25 Mark, ferner bei Goertt, Lüdemüller, Sulek und Wild auf Stammfarbe Abschnitt 19 von Nr. 901 bis 1450 je ein Pfütze zu 45 Pfennig. — Sozialdemokratische Partei Wanzleben, Mittwoch abend 7 Uhr im „Schwarzen Ross“ Mäßige Versammlung. Jeder erscheine! —

Wolmirstedt, 15. Januar. (Veranstaltung) Dah die Arbeiter und Beamten durch die Leidenschaft des Krieges und die Erfolge der Revolution erwacht sind, zündete die Versammlung, worin unter Genossen Kloß über Sozialdemokratie und Nationalversammlung Aufführung schaute. Unsre Organisation, die vor dem Kriege kaum 20 Mitglieder zählte, hat bereits das zweite Hundert überschritten. Eine Zellerzählung ergab 67,51 Mr. In einer früheren Versammlung er gab sie 55,05 Mr. Für den Wahlkonsort wurden zur 1. Rate 143 Mr. gekannt, in der 2. Rate 80 Mr., eine 3. Rate folgt noch. Die Abonnentenzahl der „Volksstimme“ erhöhte sich von 60 auf 215. —

Wahlkreis Wolmirstedt-Nehaldensleben.

Auna, 15. Januar. (In Wahlkampf.) Auch unser Ort wurde mit einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei bedacht. Nachdem die erste Stunde ruhig verlaufen war, erging sich der Referent, Herr Dräsel (Nehaldensleben), in etwas grüberer Weise über die Sozialdemokratie. Er wurde durch laute Zurufe zurechtgewiesen. Nach seinem Referat wurde ihm von 10 bis 20 Anhängern Beifall gespendet. Darauf erinnerte unser Redner, nachdem er den Demokraten vorwiegend hatte fordern, er auf geschlossen am 19. und 20. Januar für unsre Partei zu stehen. Herr Dräsel, hätte noch gern ein paar Worte gesprochen, aber unter lauten Protesten löste sich die Versammlung auf. —

Gutenswegen, 15. Januar. (Eine öffentliche Versammlung) fand am 11. Januar im „Schwarzen Adler“ statt. Als Rednerin war Genossin Böllmann (Halberstadt) erschienen. Die ihr stark befreite Versammlung zeigte auch eine rege Aussprache. Herr Koch bemängelte das Vertragen der Internationale und hält seiner die Arbeiterschaft für die Sozialisierung der Betriebe noch nicht reif. Genossin Gill vertheidigte ihn, daß für diese Reise schon die weitere gewerkschaftliche Erziehung untreitbar vorgenommen würde. Es gab einen Spartakusfreund von der hiesigen Halbtonfabrik die gebührende Antwort. — Geborene Ordnerin gärt zu. Der frühere Besitzer der hiesigen Vinfusor-Werke, H. Werner, hat als Vorleser der Mitteldeutschen A.-G. Zweigveräußerung Schönebeck, während des Krieges „nur“ 150 000 Mark unterschlagen und diese Gelder größtenteils für seine Liebhaber ausgegeben. Wiederte er doch einer seiner Beliebten auf mehrere Monate eine kostspielige Villa im Harz. Obiger Herr war früher ein bekannter Tortikritikus und hielt noch bei Beginn unserer jetzigen Wahlbewegung in Gemeinschaft mit Dr. Hesse (Halberstadt) eine Rede gegen — die sozialistische Republik. Herr Werner hat das berüchtigte „Teilen“ aber bedeutend besser verstanden als wir Sozialdemokratie. Auch in der urplötzlichen Brand seiner Fabrik am Abend der Mobilisierung 1914 noch in aller Erinnerung. — Großes Schaden erlitten brach in den Mittagsstunden auf dem Sächsischen Hofschloss an. Die mächtige Scheune an der Großen Kirchstraße wurde mit allem Inhalt ein Raub der Flammen. Es ist dies in letzterer Zeit der dritte Schornsteinbrand in unser näheren Umgebung. — Veramtlung. In Hörnburg sprach am 12. Januar in der „Halbton“ Frau Böllmann vor überfülltem Saale. Lehrer Meier unternahm es, über materialistische Geschichtsauffassung zu reden, wobei er allerdings zur allgemeinen Heiterkeit bewies, daß eine „Aufklärung“ die verschrie war. In Wettbergen zeigte eine gleichfalls stark befreite Versammlung im Steinbrecherischen Saale volles Einverständnis mit der Rednerin. In Lüttgenrode, Göddecke und Rimbach sprach Geschäftsführer Karl Schulze (Halberstadt) vor gut besuchten Versammlungen. Auch brachten die Sammlungen für unser Wahlkonsort namhafte Beträge. — Die Begrüßungsfeier für unsre beimgeführten Krieger nahmen in zwei stark überfüllten Sälen einen durchaus harmonischen Verlauf. Die von gewisser Seite beobachteten Störungen fanden nicht statt, da wohl auch dort die Vernunft gezeigt hat. —

wohn in das Unheil und Elend des Zusammenbruchs hineingeht. Wählertag und Wähler, rechnet am 19. Januar ab mit all den Schuldigen und wählt die Liste Landsberg, die Liste der Mehrheitssozialisten, die mit aller Kraft sich bemühen, das arme Deutschland zur Freiheit, Ordnung und Wohlgehen zu führen. —

Hamerleben, 15. Januar. (Veranstaltung) Am Sonntag fand im Gemeindesaal eine Mitgliederversammlung statt. In dieser wurden die Arbeiten zur Nationalversammlungsarbeit gerichtet. Abends folgte eine stark besuchte Wählerversammlung, in welcher Genossen Rechtsanwalt Hesse (Hörselsteden) über „Die Wahlen zur Nationalversammlung“ referierte. Seine Aufführung war reichen Beifall. In seinem Schlusswort legte der Referent die Sichtung der Arbeiterräte dar. Mit einem dreifachen Hoch auf die sozialistische Republik wurde die Versammlung geschlossen. Für den Wahlkonsort wurden 68 Mark gesammelt. —

Osterwick, 15. Januar. (Eine öffentliche Wählerversammlung) fand am 11. Januar im „Schwarzen Adler“ statt. Als Rednerin war Genossin Böllmann (Halberstadt) erschienen. Die ihr stark befreite Versammlung zeigte auch eine rege Aussprache. Herr Koch bemängelte das Vertragen der Internationale und hält seiner die Arbeiterschaft für die Sozialisierung der Betriebe noch nicht reif. Genossin Gill verteidigte ihn, daß für diese Reise schon die weitere gewerkschaftliche Erziehung untreitbar vorgenommen würde. Es gab einen Spartakusfreund von der hiesigen Halbtonfabrik die gebührende Antwort. — Geborene Ordnerin gärt zu. Der frühere Besitzer der hiesigen Vinfusor-Werke, H. Werner, hat als Vorleser der Mitteldeutschen A.-G. Zweigveräußerung Schönebeck, während des Krieges „nur“ 150 000 Mark unterschlagen und diese Gelder größtenteils für seine Liebhaber ausgegeben. Wiederte er doch einer seiner Beliebten auf mehrere Monate eine kostspielige Villa im Harz. Obiger Herr war früher ein bekannter Tortikritikus und hielt noch bei Beginn unserer jetzigen Wahlbewegung in Gemeinschaft mit Dr. Hesse (Halberstadt) eine Rede gegen — die sozialistische Republik. Herr Werner hat das berüchtigte „Teilen“ aber bedeutend besser verstanden als wir Sozialdemokratie. Auch in der urplötzlichen Brand seiner Fabrik am Abend der Mobilisierung 1914 noch in aller Erinnerung. — Großes Schaden erlitten brach in den Mittagsstunden auf dem Sächsischen Hofschloss an. Die mächtige Scheune an der Großen Kirchstraße wurde mit allem Inhalt ein Raub der Flammen. Es ist dies in letzterer Zeit der dritte Schornsteinbrand in unser näheren Umgebung. — Veramtlung. In Hörnburg sprach am 12. Januar in der „Halbton“ Frau Böllmann vor überfülltem Saale. Lehrer Meier unternahm es, über materialistische Geschichtsauffassung zu reden, wobei er allerdings zur allgemeinen Heiterkeit bewies, daß eine „Aufklärung“ die verschrie war. In Wettbergen zeigte eine gleichfalls stark befreite Versammlung im Steinbrecherischen Saale volles Einverständnis mit der Rednerin. In Lüttgenrode, Göddecke und Rimbach sprach Geschäftsführer Karl Schulze (Halberstadt) vor gut besuchten Versammlungen. Auch brachten die Sammlungen für unser Wahlkonsort namhafte Beträge. — Die Begrüßungsfeier für unsre beimgeführten Krieger nahmen in zwei stark überfüllten Sälen einen durchaus harmonischen Verlauf. Die von gewisser Seite beobachteten Störungen fanden nicht statt, da wohl auch dort die Vernunft gezeigt hat. —

Wahlkreis Rosbe-Aischersleben.

Öberburg, 15. Januar. (Veranstaltung) Die am Sonntag abgehaltene öffentliche Versammlung war von über 600 Wählern besucht. Genossin Bosse, Magdeburg, sprach über Frauenwahlrecht und Nationalversammlung. Starke Beifall wurde der Referentin gezollt. Genoss Hoffmann wies auf die Listenverbindung der Gegner hin. Mit einem Appell, für die Liste der Mehrheitssozialisten zu stimmen, wurde die Versammlung geschlossen. —

Reinstorf, 15. Januar. (In der Sitzung) des Arbeiterrats wurde beschlossen, zum Wahltag von der Kommandantur in Quedlinburg 10 bis 15. bewaffnete Sicherheitsleute anzufordern, da Anzeichen vorhanden sind, daß Spartakisten Störungen hervorruhen wollen. — Vom 14. Januar an ist eine Bahnhofswache eingerichtet worden, um endlich den Betriebsstörungen durch Personen, die dort nichts zu suchen haben, ein Ende zu machen. —

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Aufruf.

Sollten in den einzelnen Dörfern noch Sammellisten fehlen, so sind diese sofort von Stendal, Arbeitsamt, Alte Dorfschule 22, anfordern; die Sammlungen müssen unbedingt fortgeführt werden. Der Wahlkampf erfordert dringend Geldmittel. Sozialdemokratisches Wahlkomitee.

Vereine und Versammlungen.

Versammlung der tarifreuen Buchdrucker.

In der stark besuchten Versammlung am 11. d. M. im „Diamantbräu“ berichteten die Vertreter, inwiefern die leste, vom Tarifausschuß beschlossene und vom Demobilisierungskomitee fautei

Teurungszulage gezahlt werden ist. Die Mehrzahl der Prinzipale brachte die Zulage unter Protest zur Auszahlung, wo dies nicht geschehen, sollen die Tarifinstanzen sofort in Anspruch genommen werden. Sodann wurde Sitzung genommen gegen eine Entschließung der Prinzipale, welche diese unter der Gehilfenschaft zur Verteilung hatten bringen lassen. Die Unternehmer verbahnen sich gegen die leste Teurungszulage, welche nach ihrer Ansicht in krisenwidriger Weise zu laufen gekommen sei und behaupten, die Gehilfenschaft glaubt selbst nicht an die Gültigkeit der Beitsätze. Demgegenüber wurde betont, daß die Beitsätze des Tarifausschusses einstimmig, also auch von sämtlichen anwesenden Prinzipalen gefaßt und ebenso einstimmig beschlossen wurde, den Beitschüssen durch Anzuflug des Demobilisierungskomitees Gesetzeskraft zu verleihen. Der Unmut über das geringe Verhältnis der Prinzipale gegenüber der Lage der Gehilfenschaft während des ganzen Krieges äußerte sich in schärfster Weise und widerlegte treffend die Behauptungen der Prinzipale, daß nur die Führer der Gehilfenschaft die Schärfer der Unzufriedenheit seien.

An verschiedenen Beispielen wurde bewiesen, daß die Buchdrucker gebaut auch mit ihrer leichten Teurungszulage noch hinter den Löhnen der übrigen Arbeiterschaft zurückstehen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 11. Januar 1919 im „Diamantbräu“ tagende Versammlung der tarifreuen Gehilfen Magdeburgs, die äußerst stark besucht ist, erklärt sich mit den Ergebnissen der Tarifausschusssitzung am 12. Dezember 1918 voll und ganz einverstanden. Mit Entschließung wendet sich die Gehilfenschaft gegen das ihr verabredete gewissermaßen beleidigende anonyme Kundschreiben der Prinzipale und gegen die in demselben zum Ausdruck gebrachten Verbildungen. Der Inhalt des Kundschreibens ist unvereinbar mit Geist und Sinn der Tarifgemeinschafts-Beziehungen. Die Versammlung ist geneilt, die tariflich und reichsgeografisch anerkannten Verbesserungen der wirtschaftlichen Beziehungen im Buchdruckergewerbe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und für deren ausnahmslose Einführung zu sorgen.

Am Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende auf die kommenden Wahlen hin und riefte einen warmen Appell an die Anwesenden, für die Wahl der Kandidaten der alten sozialdemokratischen Partei mit aller Entscheidlichkeit einzutreten und sich an der am Sonntag stattfindenden Demonstration gegen die Spartakusstreitbereiten geschlossen zu beteiligen. —

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Die erste Monatsversammlung im neuen Jahre fand am Dienstag den 7. Januar im „Panorama-Restaurant“ statt. Sie erfreute sich eines außerordentlich starken Besuchs. Verbandskollege P. Bach aus Frankfurt entwickelte in großen Zügen ein Bild von den Nöten der Handlungsgehilfen und wies an Hand einiger Beispiele nach, wie durch Zusammenschluß innerhalb des Centralverbandes der Handlungsgehilfen eine Besserung ihrer Lebenslage erzielt werden kann. Weicher Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß der Redner allen Anwesenden aus der Seele gehprochen hatte. Den Bericht der Agitationsskommission gab Verbandskollege Fochtmann. Er schillerte die Bemühungen, das Personal der Firmen Lublin, Wittstock, Barisch und anderer Betriebe für den Verband zu interessieren, was auch zum größten Teile gelungen sei. Verhandlungen mit den genannten Firmen über Gehaltsverhöhung und sonstige dem Dienstverhältnis entspringende Angelegenheiten stehen bevor.

Verbandskollege Bach teilte die Anstellung eines Ortsbeamten und die Errichtung eines Verbandsbüros mit. Die hierdurch entstehenden Kosten müßten durch einen Ortszuschlag gedeckt werden, der für die einzelnen Kläger 20 bis 50 Pfennig betragen dürfte. Die Versammlungen erklärten sich hiermit einverstanden. Als ständiger Versammlungstag wurde der erste Dienstag im Monat bestimmt. Der Vorsitzende gab alsdann bekannt, daß das Verbandsbüro sich Georgenplatz 10 befindet. Er schloß die Versammlung mit dem Aufruf zur eifrigsten Mitarbeit für die Sache des Verbandes.

Zimmerer.

Eine gut besuchte Zimmererversammlung fand am 8. Januar bei Lauben statt. Sie befürte sich mit dem Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes, Lauben, führte aus: Die Kameraden waren enttäuscht, als sie erfahren mußten, daß für uns nur der Tarif maßgebend sei, und alles übrige abgetan sei. Etwas mehr Entgegenkommen hätten wir doch erwartet. Die Kameraden, die zu dieser Sache sprachen, konnten viele Beispiele anführen, welche Löhne an ungelernte Arbeiter gezahlt werden, wogegen wir als Gelernte weit zurückstehen. Das Handwerkzeug ist stark verteilt worden. Die Kameraden stellten sich auf den Standpunkt, daß der Lohn durch Umrechnung von 1. bis 15. Januar 1,75 Mark, vom 16. Januar 2 Mark betragen müsse. Der Vorsitz wurde beauftragt, die hierzu erforderlichen Schritte zu tun. In die Arbeitsnachweisskommission wurden Reinhardt, als Stellvertreter Bernick und Braunsdorf gemäßt. Für den Bezirk Lemsdorf wurde Kleine als Kolporteur bestimmt. Für Barleben ist die Regelung der Kolportage dem Vorsitz anheimgegeben. Die Kolportoren sollen pro Exemplar und Woche 15 Pf. erhalten.

Der endlose Weg.

Roman aus Sibirien von J. Ozenham.

1. (Fazit des Verfassers)

Wie der Krieg der Geschichten nach Schluß in Sibirien markiert und Stepan Iljine der kleine Katinka begegnet.

Einer der gewaltigsten und demoralisirtesten Endrükken von Stepan Iljines Kindheit war der Begriff Schmutz, Strafenhaus, Schlamme — jähres, schwanger Schlamme, in den man zu die Knebel einsaß — der Knot der endlosen Strafe über die Hunderte, tausende von Meilen von Kasan in Russland nach Irkutsk in Sibirien. Schon lange bis er ein Mann wurde, träumte der kleine Stepan darüber wieder und wieder von dem endlosen Banden auf der endlosen Straße in dem niemals endenden Schmutz.

Und jüger als er schon ein Mann war, dachte Stepan Iljine noch gar oft an den schwarzen Schlamme. Denn auf der endlosen Straße hatte er ja Anfälle zum experimentieren.

„Hilfe! Ich lebe in meinem Tod, Stepan!“ Gejaulten! Damit Du mir nicht verloren gehst im Schmutz — riefte seine Mutter — wie sie es hundertmal schon gesagt hatte auf dem langen Wege.

Denn beide Stepan jedermann den großen wallenartigen Knot fest mit seinen Knebeln, hunderte, tausende, bis zum letzten Knot, bis die Knebel austropelten, hinaus, hinein, hinaus, und so kam er eben doch heraus, der kleine Stepan. Tropelte. „Komm aus dem Knot der Mutter.“

Die Hölle im Schlamme gehörte ihm. Er kannte sie schon, aber wenigstens die beiden Schmutzklümpchen da am Ende seiner kleinen Hölle, fühlten jedoch keine, denn die einzige Hölle mochte sie empfindungslos. Wenn der Schlamme nicht gar so fast gesetzte wäre, so hätte er sich vielleicht sogar gestern über das Tropelknot und das Schmutzklümpchen und nach Schmutzgezogen werden. Doch der häßliche Knot war stärker denn Er. Nur dann und wenn der Knot wieder ihn die Hölle wieder herau, wenn der Vater oder die Mutter nicht zu mude waren, so zu lange zu leben, bis das Kind wieder aufkam. Tropelte jedoch weiter diese Kinderläufe geschüttlos wie getrocknete Steine und so jähres, daß es manchmal gar nicht gehen wollte mit dem Tropelknot, dem Schmutz, dem Knebelknoten.

Was der Vater bei gehörte, so sah die Mutter ihn bei der Hand, daß er trocken verquollen sei, weil er trockne, doch trocken aber später baumgestellt wurde und es kann etwas zum Leben geben. Vor allem aber konnte man dann jähres. Seine kleinen Freuden waren das alltägliche im Leben... Wenn sie jähres zu den gleichen Stellen kamen, dachten, wo die Hunderte von Kindern vor ihnen den getrockneten Schlamme in einen zählen Platz bewohnt hatten, kann man jähres die Mutter Stepanas

loslassen, um mit beiden Händen den Knot bis über die Knie zu ziehen, sonst wäre sie nicht durchgekommen. Dann hing er sich schamhaft hinter dem Knot ein und wurde mitgezogen.

Der Vater konnte sich gar nicht um sein Kind kümmern. Schwer befand leidte er voran, beladen mit seinen Werkzeugen und den notwendigsten Dingen, die er aus dem alten Heim in Kasan hätte mitnehmen können. Der Vater sprach selten ein Wort. Sein Gesicht war stets verzerrt wie von Schmerz und Angst — dem kleinen Augenblick verließ ihn das quälende Grübeln darüber, wehob solche Dinge gejagt durften, und eine Antwort stand et niemals. Einzelkämpfer Männer, Weiber und Kinder waren in dem Kontakt der Verküpfungen.

„Was denn noch weit, Mutter?“ fragte das Kind, zum zwanzigstenmal an diesem Tage.

„Kunter weit,“ antwortete die Mutter zum zwanzigstenmal.

Stepan ließ sie also hoffnungsvoll weiter. Wenn er die gleiche Antwort auch oft vorher gehört hatte, so gab es ihm doch immer wieder neue Kraft, körte er nur die Stimme seiner Mutter. Außerdem wußte der kleine Mann, daß das Kind nicht mehr weit sein konnte, denn der Schlamme war jetzt besonders tief, und Erziehung hatte ihn gelehrt, daß der Weg immer am schlechtesten war, wenn man in ein Dorf kam oder aus einem Dorfe ging.

„Gebiß kann ich die Hauer jehn jehn,“ sagte die Mutter endlich.

„So Gott will...“

Da packte Stepan den groben wallenartigen Knot fest, zog die nächsten manchmal aus dem Schlamme und zog sie manchmal wieder hinein. Die Dorfler kamen zu ihren Türen gelehnt, um die Verküpfungen vorbeizuschauen zu sehen und ihrem eintönigen Singen zu lauschen — auch sie waren ja einmal so manchmal gejagt, sie aber ihre Eltern, aber wenigstens ihre Großeltern. Was sie geben konnten, gaben sie den Hungertigen gern, so wenig es auch war. Weil Stepan ja klein war und so zarte Hände hatte, so mochte der Vater und die Mutter gewöhnlich ganz hinten mit den Armelein manchmal und hätte das Kind nicht die Herzen oder Dorfler gemacht, so wäre es ihnen manchmal jähres gegeben, wenn sie Verküpfungen wären die spätkindlichen Rahrungsmitteil jähres mit Beislag belegt hatten.

So war es auch heute. Der melanastische Zug läßt langsam durch die weite Straße, und die vielen Kinder sehen aus gierigen Augen auf die halbgemessenen Hämmer, linsen und rohre. Und sie halten einmal Hammer gehoben in Kasan. Der Knot, den die schwere Faust dann und wann aus den Türrahmenen auf die Straße schleuderte, läßt ihnen jähres Faust. —

Die einen bekannten Lärme jähres Brüder, die anderen kleine Städte Metropole, aber nur die Glücksfälle an der Spitze des Zuges. Nur viele war nichts mehr da. Nur unerbittige Mücke.

Da der Zug des großen Zuges standen ein Name und eine

frau mit einem kleinen Mädchen. Sie schauten alle drei auf den langen Zug; was sie geben konnten, hatten sie schon längst gegeben. Stepan blieb vor dieser Tür stehen und sah das Mädchen aus großen Kinderaugen an. Sie war sehr hübsch. Eine runde, engtäufelige Kappe trug sie, aus der es seitlich hervorkam von langen blonden Locken; ihre Augen waren ein dunkles Blau und voller Mitleid. Sie sah Stepan an. Und plötzlich zog sie das Händchen hinter dem Rücken herum, mit einem großen runden Stück weißen Brotes, noch heiß und streckte es ihm hin — eine entschieden so köstliche Gabe, als daß der hungrige kleine Bub nicht eilends zugezogen hätte. So gierig hing er hinein, daß er sein Taschentuch nur noch rütteln konnte. In seinem Leben hatte er noch kein so gutes Brot gegessen, noch kein so reizendes kleines Mädchen gesehen. Er starrte sie an, während er aß; und die blauen Aug

Die Waffen abliefern!

Die deutsche Regierung erlässt folgende Verordnung:

§ 1. Alle Schußwaffen sowie Munition aller Art zu wehr, Karabine, Pistolen, Maschinengewehre, Nebelwerfer, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer.

§ 2. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, sie bestimmen, wo und bis wann spätestens die Ablieferung zu geschehen hat. Die Landeszentralbehörden sehen ferner welche Ausnahmen von der Ablieferungspflicht gestellt werden sollen.

§ 3. Wer nach Ablauf der Ablieferungsfrist im unbefugten Besitz von Waffen oder Munition der im § 1 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe auf das doppelte zu erhöhen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die preußische Regierung macht im Anschluß hieran bekannt, daß die Waffen bis zum 15. Januar abzuliefern sind.

Von der Pflicht zur Ablieferung der Schußwaffen sind befreit: a) diejenigen Personen, die zur Führung von Waffen trotz ihres Amtes oder Dienstes berechtigt sind (Polizeibeamte, Militärpersonen), b) die Inhaber von Waffenscheinen, c) die Inhaber von Jahresjagdscheinen.

Falls ausnahmsweise die Ablieferung der Schußwaffen aus besonderen Gründen in der vorgeschriebenen Frist nicht durchgeführt ist, sind die Schußwaffen bei dem Hauseigentümer oder dessen geistlichem Vertreter in dreifacher Ausführung in derselben Frist anzumelden.

Diese Waffen sind spätestens bis zum 16. Januar, vormittags 10 Uhr, abzuliefern.

Die Hauseigentümer pp. sind verpflichtet, von dem Vorortenamt nicht angemeldeter Waffen an das zuständige Polizeirevier (Amts-, Gemeindevorsteher) Meldung zu erstatten. Im Falle der Nichtmeldung unterliegen sie den Strafen im obigen § 3.

Über die abgelieferten Waffen verfügt das zuständige Generalkommando.

Stimmenfang vor der Kirche.

In Berlin werden wie in Magdeburg vor den Kirchenen für den Flugblätter der allerchristlichsten Konservativen von Juniors Gnaden verteilt, die sich jetzt ebenfalls "Deutschnational" und zum Hohn auch noch "Völzpartei" nennen.

Gegen diesen Unzug wendet sich in einer Zuschrift an das "Berliner Tageblatt" der dortige Pfarrer Dr. Auer vor der Trinitatiskirche. Er schreibt den "Deutschnationalen" so ins Gewissen:

"Abgeseher von dem unerträglichen Phrasenwall und dem jachtvorbereitenden Schalten auf „die nichtdeutsche Elemente“, die uns in dem Abgrund gefürchtet hätten — waren Tippis und Lüendorff etwa keine Deutschen? — empört mich, daß Euer mit deutschem Weise und deutscher Würde.

Wo war denn euer Gefühl für deutsche Würde, ihr Männer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, als unsre militärische Gewaltpolitik alle Verträge brach, die die berüchtigte "Ausflussung" des Herrn Michaelis, der Widerspruch zwischen der Kaiserlichen Antwort an den Papst und der heimatlichen Pazifistenhetze der Rechte erfüllte u. a. dem deutschen Worte den Makel der Zweideutigkeit anhafteten? Wo war eure Achtung vor dem deutschen Volke, als eure Führer ihm leichtfertige Siegesphantasien vorzugaufen und die preußische Wahlrechtskomödie vorzuspielen für gut fanden?

Nicht minder empört mich die religiöse Draperie jener Wahlaurüge. Wo war denn euer Christentum während des Krieges? Hat eure Presse die Friedenswilligen, die es in allen Welt gab, gefährdet, oder hat sie nicht vielmehr nur Haß und Misgier in den Menschen wie in den Feinden geäußert? Euer Christentum vertrug sich so wohl mit annexionistischer Vergewaltigung des Rechtes und beschimpfte mit soidem Spott die heiligen Ideen des Völkerbundes und Weltfriedens. Euer Christentum war nichts als nationalistischer Siegesglauhe und weit entfernt von dem echten religiösen Glauben, dem Demut und Ergebung wesentlich sind. Euer Christentum"

Bekanntmachung.

Zur Erleichterung bei der Bereinigung von Arbeitsaufträgen haben sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den einzelnen Gewerben Fachausschüsse gebildet. Die nachfolgende Liste gibt Aufschluß über die bisher errichteten Fachausschüsse; weitere sind in Bildung begriffen. Wir machen darauf aufmerksam, daß Anfragen nach Aufträgen nicht an das Demobilisationsamt in Berlin zu richten sind, sondern an die Fachausschüsse.

1. Fachausschuk für Eisen- und Stahlindustrie.

Geschäftsstelle beim Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin W 9, Lintzstr. 26, Tel. Bülow 6008. Geschäftsführer: Dr. Reichert.

2. Fachausschuk für den Maschinenbau.

Vorstand: Geheimrat E. v. Borsig, Legel. Geschäftsstelle beim Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Charlottenburg 2, Schillerstr. 10, II. Tel. Steinplatz 6830. Geschäftsführer: Dipl.-Ing. J. Karcher.

3. Fachausschuk für Lokomotivbau.

Vorstand: Geheimrat E. v. Borsig, Legel. Geschäftsstelle bei der Firma A. Borsig, Berlin-Legel, Berliner Straße 19-27, Tel. Legel 250. Geschäftsführer: Dipl.-Ing. H. Hagemann.

4. Fachausschuk für Elektrotechnik.

Vorstand: Direktor Friedrich Hahn, i. Fa. C. P. Goetz, A.G., Berlin-Friedenau, Nr. Instrasse 45/46. Geschäftsstelle: Wirtschaftliche Vereinigung der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 51, Tel. Jtr. 12631. Geschäftsführer: Dr. Reich.

5. Fachausschuk für Elektrotechnik.

Vorstand: Direktor Hennig, i. Fa. Siemens-Schuckert, Berlin W 15, Kurfürstendamm 179. Geschäftsstelle beim Zentralverband der deutschen elektrischen Industrie, Berlin 8, Corneliusstraße 3.

6. Fachausschuk für die Fahrzeugindustrie.

Vorstand: Geheimer Beamter Schrey. Geschäftsstelle: Verband Deutscher Waggonfabriken G.m.b.H., Charlottenburg 2, Bleibtreustr. 20, I. Tel. Steinplatz 14365.

a) Unterausschuk für Schienenfahrzeuge.

Vorstand: Geheimer Beamter Schrey. Geschäftsstelle: Verband Deutscher Waggonfabriken G.m.b.H., Charlottenburg 2, Bleibtreustr. 20, I. Tel. Steinplatz 14365.

b) Unterausschuk für Straßenfahrzeuge mit motorischem Antrieb.

Vorstand: Direktor C. Sperling. Geschäftsstelle: Berliner Motorfahrzeugindustrieller, Berlin W 8, Unter den Linden 12/16, Tel. Jtr. 7805.

c) Unterausschuk für Straßenfahrzeuge ohne motorischen Antrieb.

Vorstand: Generalsekretär Kurt Sachisthal.

stimmte sich von jeher gegen Reformen des wirtschaftlichen Lebens, die aus dem Geiste der Brüderlichkeit herborghen.

Der Gläubiger der christlichen Religion hatte nichts übrig für die Frömmigkeit des großen Wortes; eins seiner Gleichnisse stellt sogar den Sohn, der zuerst im Weinberg des Vaters zu arbeiten sich weigert, dann aber doch hingeholt, hoch über den andern, der sie sofort mit dem Mund bereit erklärt, aber gernach sein Versprechen zu umgehen weiß. Die Deutsche Volksparthei wirkt heute der Demokratischen Partei vor: sie habe für die idealsten Lebensinteressen des deutschen Volkes kaum ein Wort übrig, und deutet dies in niedrigster Weise als Rückfall auf südliche Siedlung und Viehhügeln mit der Sozialdemokratie. Von jenem Gleichnis Jesu aus könnte man jedoch geneigt sein, das war auch sehr oft bei den Parteien, die ja als Hüter der christlichen Religion aufspielten.

Man sucht den brauen Kirchen ihr eben grauslich zu machen. „Die Kirche ist bedroht! Unser Heiligstes ist in Gefahr! Die christliche Religion soll aus dem Herzen des Volkes gerissen werden! Nun, ihr rettet sie nicht“ — wieder durch erzwungenen Religionunterricht noch durch eure belonten Kirchlichkeit.“

Arbeitslose!

Die Agitatoren der Deutschen Nationalen und der anderen sogenannten Volksparteien schüren in verdeckter Weise gegen die Erwerbslosenhilfe, und satte Kurapatronen und Kriegsschäfer begeistern euch wegen der beabsichtigten Unterstellung, die ihr erhaltet. Sie neiden sie euch und behaupten, ihr würdet dadurch unlustig zur Arbeit.

Die Sozialdemokratie aber hat die Unterstellung aller, die der Krieg erstickt hat, gefordert und durchgeführt, sobald sie die Macht hatte. Der Krieg zerstörte das Wirtschaftsleben bis auf einen geringen Rest. Solange es noch nicht wieder aufgebaut ist, muß der Staat für die Kriegsveteranen Unterstellung der Erwerbslosen jetzt Kriegsausgabe. Wer sie bekämpft, ist das Gegenteil eines Patrioten.

Wer die Erwerbslosen beschimpft und herabwirkt, handelt ebenfalls an den Gliedern des Volkes, denen der Krieg unendlich schlimmere Schaden gebracht hat als den Befreienden.

Arbeitslose, merkt euch das bei den Wahlen!

Schlemmerleben der Fürsten.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir:

Bezeichnet wird für das Schlemmerleben der Herren Oberkommandierenden und Generalsäbler ist eine Speisenkarte, die uns aus Südtirol aus der Zeit der vorlängen Anwesenheit des Erzherzogs Friedrich, des österreichischen Oberkommandierenden, zur Verfügung gestellt wird. Als man nämlich im September 1916 in Südtirol den Erzherzog Friedrich in dem dortigen Offizierskasino als Guest bekam, mußten vor allem noch während der Nacht die entsprechenden Mengen an Lebensmitteln mit zwei Automobilen aus Bogen herbeigeschafft werden, damit am nächsten Tage die Speisenkarte folgende leckere Gerichte aufweisen konnte:

Kraftbrühe nach Prinzessinnenart; Feinschmecker-Schnecken, kalt; Marillen-Linsenbraten; heutige Süßchen, gebraten; Mahonialaie salat, Kompost; Lebergrillschmalz; gemischtes Obst; verschiedene Süße; Kaffee.

An Getränken dazu wurde, nach dem Reihenfolge der Speisen geordnet, aufgewartet: Pilsener Bier, Wermut, Burgenbitter, Haslacher 1912; Benecktfiner; Offenbier (besonders geschmeidig); Weißgerbeit.

Geingeitet wurde diese Fresserei und Sauferei mit dem folgenden Programm einer Musikkapelle, die dazu eigens aus Innsbruck kommen mußte: Erzherzog-Friedrich-Marsch, Erzherzog-Bitsch-Walzer, Der Alpenjohann, Männerchor, Fantasie aus der Oper „Freischütz“, „Rinka“-Intermezzo, Gebet vor der Schlacht, Männerchor, Wiener Bilder, Potpourri, Siegesklänge, Marsch, Gruß aus Oberitalia, Radetzky-Marsch.

Derartige Kriegsfeestgelage wiederholten sich sehr häufig, da bei der hohen und „allerhöchsten“ Herrschaften das immerwährende Bedürfnis bestand, sich irgendwo in der Nähe des Krieges, natürlich aber gesicher vor aller Gefahr, bei einer Festessetei zu zeigen. So wiederholte sich das Gelage auch in Südtirol mehrmals, bei der Anwesenheit des Erzherzogs Leopold Salvator, des Erzherzogs Karl, bevor er noch Kaiser wurde, und des Kriegsministers. Während die Soldaten von Handgranaten und Maschinengewehren dahingemäht wurden und das Volk im Hinterland verhungerte, führte das Habsburger Geschlecht mit seinem Anhang ein üppiges Schlemmerdasein und zeigte, wie man im Kriege „durchhalten“ müsse.

Ahnliche Dinge können auch von deutschen Fürstenhäusern

berichtet werden. Auch die „hohen“ und „allerhöchsten“ Herrschaften haben sich nicht absehen lassen.

Ein anderer österreichischer Prinz, May mit Namen, Bruder des gewesenen Kaisers, hat die beiden letzten Sommer im Kurort Altaussee verbracht und dort Bergern und Empörung herborghen. Dies darum, weil er in der Familie Hohenlohe, der Familie seiner Frau, täglich bis in die Morgenstunden mit der aus Wien „rezipierten“ Sänger und Musiker fasste und lärmte, nachts auf dem See mit einem Boot fuhr, aus dem ein Pianino stand, und dieses alles während der Sonnenuntergang herborghen. Die Herrschaften fuhren unangestellt mit Benzilmotorbooten und Automobilen umher zu einer Zeit, da in den Apotheken für Heilzwecke kein Tropfen Benzin zu bekommen war! Allwochenstisch zweimal kam von Wien in einem Eisenbahnabteil zweite Klasse ein Kurier „Seiner Kaiserlichen Hoheit“, der Borräte für die Stücke brachte. Das war immer am Donnerstag und am Sonntag. Auch das Dienstpersonal der Erzherzogs und seiner Hohenlohe-Verwandten fuhr in Altaussee auf dem See im Motorboot und auf dem Lande in Automobilen. Dies alles in einem Orte, in dem es fast kein Haus gibt, das nicht wenigstens einen Gefallen zu beklagen hätte!

Zum Lohn für all diese Leistungen bemühen sich bürgerliche Parteien, Stimmung für die Rückkehr der Fürstenhäuser zu machen. Wer sich dagegen schüren will, muß sozialdemokratisch wählen.

Depeschen.

Blutige Zusammenstöße in Bremen.

W. T. B. Bremen, 14. Januar. Ließgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrats über die Bewaffnung des Proletariats und lebhafte Eregung über eine gerüchteweise in Aussicht gestellte völlige Entwaffnung der Garnison führte heute zu einer offenen Auseinandersetzung des Soldatenrats und der Garnison und zur Verhaftung des Stadtcommandanten Ecks, seines Beirats und des Führers des Arbeiterwacht-Bataillons.

Die Truppen sperren die innere Stadt sowie die Brücken über die Weser ab. Die Arbeiter auf den Werften wurden dann ausgesondert, die Waffen niedergelegen. Dieser Aufforderung folgten die Arbeiter der Hanse-Vlotho-Werke nach, während die Arbeiter der Aktiengesellschaft Weier die Truppen sofort mit Maschinengewehren empfingen, wobei die Truppen 2 Tote und zwei Schwerverwundete hatten.

Die Truppen machten von ihren Waffen keinen Gebrauch. Danach zogen die bewaffneten Arbeiter zur Stadt und bedrängten die Truppen. Den Truppen war Befehl gegeben worden, nicht zu schießen. An der Kaiserbrücke wurden die Arbeiter aufgehalten.

Das Publikum hatte sich bis auf etwa 20 Schritte an die Maschinengewehre, die an der Brücke aufgestellt waren, herangearbeitet. Nach mehrmaliger Rufforderung des Führers, zurückzugehen, wurden Schreckschüsse abgegeben. Inzwischen fanden Verhandlungen auf dem Rathaus statt, die dazu führten, daß eine vorläufige Waffenruhe angenommen wurde.

Ausstand der Wasserwerksarbeiter.

W. T. B. Mühlheim a. d. Ruhr, 15. Januar. Gestern mittag 12 Uhr traten sämtliche Arbeiter und Handwerker des Rheinisch-Westfälischen Wasserwerks wegen Nichtbewilligung ihrer Wohnförderungen in den Ausstand. Ein Vermittlungsvorschlag, von 14 bis 16 Mark an Wohn seitens des Direktiums wurde категорisch abgelehnt. Heute morgen 10 Uhr werden die Mitglieder des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats über die Belagerung des Streites verhandeln. Durch den Ausstand sind die Bezirke Mülheim, Duisburg, Oberhausen, Essen, Borbeck, Sterkrade, Düsseldorf, Bottrop, Gladbeck, Kirchhellen, Dorsten u. v. ohne Wasser. Auf den Betzen und sonstigen Industrieanlagen macht sich diese Gewaltmaßnahme empfindlich geltend.

Neuwahlen nötig.

W. T. B. Berlin, 15. Januar. Der Centralrat der deutschen Republik richtete an die Arbeiter- und Soldatenräte der Städte Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Hamborn (Rhld.) und Wülfrum (Rhld.) telegraphisch das dringende Eruchen, auf Grund des Verhältniswahlsystems sofort Neuwahlen vorzunehmen. In den genannten Städten entwideten sich, herborghen durch ungerecht angeordnete Wahlen, unhalbare Zustände, die nur geändert werden können, wenn durch die Verhältniswahl jede Partei ihre Stärke entsprechende Sitze in den Arbeiter- und Soldatenräten erhält.

Gedenk- und Erbsakohlen Einlegejohlen, Gedenk- und Schnürbänder bei Gust. Hoffmeister

Prälatenstraße 21.
Für 1000 Breiten Schleifteile
Schleifteile, Breiteweg 110, Eing. Kräftrtor, Amt. Unterkastell.

Wöbeltransport

für Stadt, über Land sowie per Bahn ohne Umladung. Zuhören jeder Art zu soliden Preisen empfiehlt. 25. J. 1912, Annastraße 23. — Telefon 4777. — 053

Möbeltransporte

für Stadt, über Land, per Auto sowie per Bahn ohne Umladung werden billig ausgeführt. 17 Paul Kranemann, Martinstr. 11

Prima große Butterflocke

eingetroffen. 248 Gustav Erbe, Annastraße 31.

Gustav Erbe

Annastraße 31. Ein Transport Butterflocke eingetroffen. 248 Gustav Erbe, Annastraße 31.

Wilhelm Ernst

Lützowstr. 11. Ein Transport Butterflocke eingetroffen. 248 Wilhelm Ernst, Lützowstr. 11.

